

**Koalitionsvertrag  
für die Universitätsvertretung  
an der Universität Wien  
Exekutivperiode 2015-2017**

zwischen

**Verband sozialistischer Student\_innen (VSStÖ)**

und

**Grüne & Alternative Student\_innen (GRAS)**

und

**Kommunistischer Student\_innenverband – Linke Liste (KSV-LiLi)**

unter Verhandlungsbeteiligung von unabhängigen Vertreter\_innen der unabhängigen

**Basis- und Institutsgruppen an der Uni Wien**

24. Juni 2015

## **Inhaltsverzeichnis**

Präambel

Entscheidungsstrukturen

Referate

Interref

Arbeitsgruppen

Finanzen

Koalitionsrat

Ebenenübergreifende Zusammenarbeit

Ombudsstelle

Schwerpunkte

Budget

Außenwirkung

Projekte

Bildungspolitische Projekte

Gesellschaftspolitische Projekte

Anhang: Statement der ÖH Uni Wien zu aktuellem Antisemitismus

---

## Präambel

Die hochschulpolitische Situation an den Universitäten ist geprägt von Studienplatzbewirtschaftung, Leistungsdenken, Konkurrenzprinzip und Verwertbarkeit von Bildung und Menschen. Studiengebühren und Knock-Out-Prüfungen sind Zeichen der zunehmenden Anpassung des Bildungssystems an marktkonforme Mechanismen.

Aufgrund der zunehmenden Prekarisierung der Studienbedingungen, die sich vor allem in der Kürzung von Sozialleistungen manifestiert, wird Raum für kritisches Lernen und Lehren eingeschränkt.

Autoritäre Krisenpolitik verstärkt diese Phänomene, genauso wie die Fokussierung auf elitäre Strukturen, die die Entdemokratisierung der Universitäten weiter vorantreibt.

Die aktuellen gesellschaftlichen Zustände sind geprägt durch Ideologien der Ungleichheit, strukturelle Diskriminierung von Frauen\*, Rassismus, Homo\*Trans\*Interphobie, Heterosexismus und die grundsätzliche Marginalisierung von gesellschaftlich Benachteiligten.

Universitäten sind Teil der Gesellschaft und spiegeln daher dieselben Unterdrückungsmechanismen wider. Auch die ÖH Uni Wien ist kein von der Gesellschaft abgeschotteter Raum. Wir sind uns bewusst, dass wir diese Mechanismen reproduzieren, und versuchen möglichst, diese Mechanismen durch Sensibilisierung/Workshops etc. auszuhebeln.

Die ÖH Uni Wien bekennt sich ausdrücklich zum allgemeinpolitischen Mandat und beschränkt sich nicht nur auf eine Kritik der Hochschulpolitik und Symptombekämpfung, sondern setzt Initiativen, die auf eine grundlegende Veränderung der Verhältnisse abzielen.

### **Daher setzt sich die Exekutive der ÖH Uni Wien folgende Grundsätze:**

Die ÖH Uni Wien bekennt sich zu einer basisdemokratischen Arbeitsweise, in der Entscheidungen konsensual getroffen werden. Auch wenn wir uns der Schwächen dieser Arbeitsweise bewusst sind, halten wir sie als für uns praktikabel. Wir versuchen Hierarchien zu reflektieren, sichtbar zu machen und möglichst abzubauen.

Feminismus bedeutet für uns nicht einfach nur Chancengleichheit, sondern bestehende Geschlechterverhältnisse radikal zu hinterfragen. Der Legitimierung dieser Verhältnisse durch Naturalisierung und soziale Konstruktion gilt es entgegenzutreten. LGBTIQ-Personen sind gegen reaktionäre Angriffe und beim

Ausbau sozialer Rechte zu unterstützen. Kontinuitäten der patriarchalen Unterdrückungsmechanismen müssen in ihrer Verwobenheit mit ökonomischen Verhältnissen aufgezeigt und durchbrochen werden.

Solidarität bedeutet sich politisch dort zu positionieren, wo gesellschaftlich benachteiligt wird. Deshalb ist es wichtig, solidarisch zu handeln, sich zu vernetzen und so Positionen und Menschen zu stärken, die sich für tatsächliche Gleichberechtigung und gegen Ellenbogenmentalität und den ansteigenden Leistungsdruck der kapitalistischen Gesellschaft starkmachen.

Es ist Aufgabe der ÖH, Sensibilisierung für rassistische Diskurse zu fördern und Gegenstrategien zu institutionellem Rassismus zu entwerfen. Entgegen neuen und alten Formen des Rassismus, der Errichtung einer Festung Europa, kulturelrelativistischen Argumenten und völkischem Denken bestehen wir auf die Gleichheit aller Menschen. Wir sind gegen jede Form des Antisemitismus, Antiziganismus und antimuslimischen Rassismus (siehe Anhang).

Die ÖH Uni Wien vertritt eine ökologisch-nachhaltige Politik, die vor allem die Produktionsverhältnisse thematisiert und sich nicht auf verkürzte Konsumkritik beschränkt. Gesellschaftlich Benachteiligte werden von einer Politik, die sich nicht um Ökologie kümmert, härter getroffen als andere. Daher treten wir für eine lebenswerte Umwelt für alle ein und fokussieren uns auf die soziale Komponente ökologischer Politik. Versuche den Kapitalismus nachhaltiger zu gestalten, sind kein Ausweg aus der ökologischen und sozialen Krise. Wir setzen uns für ökologisch-nachhaltige Arbeitsweisen an der Universität ein und hinterfragen im Zuge dessen auch unser eigenes Agieren in diesen Strukturen.

Antifaschismus ist für uns kein Selbstzweck, sondern gesellschaftliche Notwendigkeit, insbesondere was den (Wieder-)Aufstieg reaktionärer Kräfte betrifft. Dabei gilt es sowohl den Kontinuitäten des Rechtsextremismus, als auch neuen Phänomenen der Krisensituation – insbesondere dem Autoritarismus – entgegenzutreten und das Bewusstsein für neue faschistische Agitationsformen und -strömungen zu schärfen. Wichtig hierbei ist auch die Thematisierung des Zusammenhangs von Erinnerungspolitik und nationaler Geschichtsschreibung, das bedeutet den Opfermythos anzugreifen, bürgerlichen Antifaschismus zu hinterfragen und Antikommunismus als einendes Moment reaktionärer Kräfte zu begreifen.

Der Nationalismus als Ideologie dient der Legitimation bürgerlicher Staatlichkeit. Als solcher errichtet er eine vermeintliche Differenz zwischen Menschen, die sowohl dem sozialen Ausschluss (das zeigt sich in der österreichischen Minderheitenpolitik und Integrationsdiskursen) als auch der Absicherung der Wettbewerbsfähigkeit des jeweiligen Standortes dient. Der österreichische Nationalismus konstituiert sich als korporatistisches System. Die Stellung der ÖH als Körperschaft öffentlichen Rechts ist im Zusammenhang mit der sozialpartnerschaftlichen Ausprägung des Kapitalismus in Österreich zu hinterfragen. Der Leitkulturbegriff ist ebenso abzulehnen, wie nationalistische Argumentation in Hochschul- und

Gesellschaftspolitik. Die ÖH Uni Wien wird jeglicher Regierung mit Beteiligung der FPÖ entschiedenem Widerstand entgegensetzen.

Unser Ziel einer offenen und emanzipatorischen Gesellschaft drückt sich auch dadurch aus, dass eine solche unweigerlich frei von Einwirkungen durch religiöse Ideologien und klerikale Strukturen sein muss. Nicht nur das abzuschaffende Konkordat spiegelt den enormen Einfluss von reaktionären Gruppen wider, der im krassen Gegensatz zu unseren Grundsätzen steht. Die Bedeutung von Kirchen im Staat muss kritisiert und ihr gesellschaftspolitisches Gewicht vermindert werden. Das Selbstbestimmungsrecht mittels Fristenregelung ist eine jener Errungenschaften, die gegen Klerikalfaschist\_innen verteidigt werden müssen und ausgebaut werden sollen.

Antikapitalismus beschreibt die Ablehnung einer Klassengesellschaft, die dem Großteil der Bevölkerung die Mitbestimmung über Produktionsmittel verweigert. Das kapitalistische System hat Auswirkungen auf alle Lebensbereiche, und antikapitalistische Kritik muss daher in jedem Themenbereich berücksichtigt werden. Bildung mit dem Zweck der Reproduktion der bestehenden Klassenverhältnisse muss bekämpft werden.

Es gilt die Ursachen der bestehenden sozialen Verhältnisse aufzuzeigen und die herrschende Produktionsweise, die nicht in erster Linie den menschlichen Bedürfnissen, sondern der Kapitalmehrerung dient, zu überwinden. Arbeitskämpfe sind kritisch zu unterstützen, dabei muss jedoch zugleich die Begrenztheit dieser Mittel im bürgerlichen Staat reflektiert werden. Antikapitalismus beschreibt für uns die Notwendigkeit der Überwindung eines gegen Menschen agierenden Systems.

Klassenverhältnisse spielen in der Gesellschaft und somit auch an der Uni eine Rolle. In der ÖH und auch überall sonst gilt es, diese Verhältnisse aufzuzeigen und das Bewusstsein für eine kritische Reflexion eigener Privilegien zu schaffen. Ebenfalls ergibt sich aus diesem Grundsatz eine klare Solidarisierung und Parteilagerung für benachteiligte Personen und Gruppen.

Biologisierende, kulturalisierende und hegemoniale Erklärungen für soziale Verhältnisse lehnen wir ab. Mehrfachdiskriminierungen sind in allen Fällen zu berücksichtigen.

Die tägliche Arbeit der ÖH Uni Wien ist eine Arbeit von, für und mit Student\_innen. Dementsprechend wird versucht, möglichst viele Student\_innen an der ÖH-Arbeit teilhaben zu lassen, sei es um wertvolle Erfahrungen zu sammeln oder interessante Projekte umzusetzen. Notwendigkeiten hierfür sind, dass die ÖH für Student\_innen leicht zugänglich ist. Dies bedeutet unter anderem, dass Informationen und Arbeitsprozesse der ÖH Uni Wien greifbarer sind. Außerdem muss die Zusammenarbeit mit allen Ebenen der ÖH Uni Wien gestärkt werden, beispielsweise durch Einbeziehung von Betroffenen (Ebenen) in Entscheidungsprozesse. Statt

eines paternalistischen Services setzt die ÖH Uni Wien auf solidarische Beratung zur Selbstermächtigung.

Die ÖH Uni Wien betreibt eine Politik, die sich der Emanzipation und dem menschlichen Fortschritt verpflichtet fühlt. Das Ziel dieser Politik ist die Abschaffung jeglicher Unterdrückungsverhältnisse und eine befreite Gesellschaft.

---

## Entscheidungsstrukturen

### **Referate**

Referent\_innen und Sachbearbeiter\_innen sind in der täglichen Referatsarbeit und der Zeichnungsberechtigung fürs Referat gleichgestellt. Grundsätzlich sollte über die Referatsarbeit gemeinsam entschieden und diese auch gemeinsam durchgeführt werden, außer das Referat einigt sich auf konkrete Zuständigkeiten. Jedoch sollte auch hier Rücksprache gehalten werden. Die Entscheidungen werden konsensual getroffen.

### **Interref**

Das Interreferatstreffen hat einmal wöchentlich an einem fixen Termin stattzufinden. Alle Referatsmitarbeiter\_innen der UV sollen an den Interreferatstreffen teilnehmen. Genauso sind Berater\_innen und Aktivist\_innen der Studien- und Fakultätsvertretungen eingeladen, Projekte, Ideen, Probleme, Anregungen direkt am Interref einzubringen und zu diskutieren – und im Vorfeld ihre TOPs bekanntzugeben. Um breite, konsensuale Beschlüsse fassen zu können, soll von jedem Referat zumindest eine Person anwesend sein. Eine rege Teilnahme der autonomen Referate ist erwünscht. Von Koalitionsfraktionen entsandte Senats- und Unterkommissionsmitglieder dürfen an Diskussionen und der Entscheidungsfindung zu bildungspolitischen Themen am Interref teilnehmen. Um den Informationsfluss intern gewährleisten zu können, gilt für diese Referate und Bereiche eine regelmäßige Berichtspflicht. Sollte es einem Referat oder einem Bereich nicht möglich sein am Interref teilzunehmen, ist bis zum Interref ein Bericht als Antwort auf die Einladung zum Interref ins Board zu stellen.

### **Tagesordnung**

Tagesordnungspunkte für das Interref sollen als Antwort auf dessen Einladung spätestens um 14 Uhr des Vortages eingebracht werden. Neue Punkte sind ausreichend zu erläutern und mit allen nötigen Informationen einzubringen (Weblinks, unterstützende Organisationen, etc.). Für Förderanfragen muss der Projektantrag angehängt sein.

### **Beschlussfähigkeit, Entscheidungsfindung und Beschlusskontrolle**

Die Beschlussfähigkeit eines Interrefs ist gegeben, wenn mindestens 8 Referate, 12 Personen und 2 Fraktionen anwesend sind. In den Ferien und an vorlesungsfreien Tagen gilt: 6/10/2, hier finden Interrefs alle zwei Wochen statt. Für richtungsweisende Entscheidungen ist die Anwesenheit aller 3 Fraktionen erforderlich. Wird die Beschlussfähigkeit von einer anwesenden Person in Frage gestellt, ist dies anzuerkennen und dementsprechende Konsequenzen

zu ziehen. Während der Sommer-, Semester-, Oster- und Winterferien haben die Interrefs zweiwöchentlich stattzufinden.

Die Entscheidungsfindung erfolgt nach dem Konsensprinzip. Strittige Fragen, über die im Interreferatstreffen keine konsensuale Einigung erzielt werden kann, sind im Koalitionsrat (KoRa) zu behandeln und in weiterer Folge zu entscheiden. Um Transparenz zu wahren und unabhängige ÖH Mitarbeiter\_innen in Entscheidungen einzubinden, sollen strittige inhaltliche Themen so lange wie möglich am Interref behandelt werden, bevor sie in den KoRa wandern.

Die Ergebnisse und Beschlüsse des Interreferatstreffens sind nachvollziehbar und transparent zu protokollieren und rechtzeitig weiterzuleiten. Um Beschlüsse besser nachvollziehbar zu machen und die Protokollierung übersichtlicher zu gestalten, soll eine Protokollvorlage verwendet werden. Das Raufo ist dafür zuständig, dass der Protokolle-Laptop, eine ausgedruckte Genderstatistik und die Tagesordnung bereitgestellt wird, oder bei dessen Abwesenheit im Vorsitzbüro bereit liegt. Das Protokoll soll direkt nach dem Interref online gestellt werden, etwaige Projektanträge sollen im Anhang enthalten sein. Die Person, die das Protokoll ausschickt, lädt zum nächsten Interref ein. Die längerfristige Beschlusskontrolle obliegt, sofern nicht anders ausgemacht, in finanziellen Beschlüssen dem WiRef, in allen anderen dem RAUFO. Sofern sich die Umstände und Rahmenbedingungen auf denen ein Interrefbeschluss beruht nicht grundlegend ändern oder wichtige neue Informationen hinzukommen, können Beschlüsse nicht neu diskutiert werden.

### **Frauen\*interrefs**

Es soll alle sechs Wochen ein Frauen\*interrefs stattfinden. Bei Bedarf kann jederzeit ein Frauen\*interref eingeladen werden. Zu Beginn der Exekutive soll ein Frauen\*interref stattfinden, bei dem Frauen\*vernetzung, etc. auf der UV thematisiert werden, sowie die Festlegung der Termine fürs Studienjahr. Für die Einladung und Einhaltung des Intervalls ist das Vorsitzteam letztverantwortlich.

### **Aufgaben**

Die Aufgaben des Interreferatstreffens sind die Initiierung von Projekten und Kampagnen sowie die Koordination und der Austausch von Ideen. Das Interreferatstreffen garantiert das Einspruchs- und Mitspracherecht aller Beteiligten an Entscheidungsfindungsprozessen, die die Tätigkeit der ÖH sowohl nach außen als auch nach innen betreffen. Probleme bzw. Vorschläge werden im Interreferatstreffen diskutiert und eine Aufgabenverteilung zwischen den Referaten vorgenommen. Jedes Referat ist in seiner ausführenden Arbeitsweise autonom. Schwerpunktsetzungen und Projekte sind jedoch im Interreferatstreffen vorzustellen (Projektantrag, Kostenplan), zu diskutieren und zu entscheiden. Die Entscheidungskompetenz über die Verwendung des im Budget abzusichernden Projekttopfes liegt ebenfalls im Interreferatstreffen.



Einmal im Monat wird ein Interref abgehalten, ohne die Förderung von externen Projekten zu diskutieren. Ausnahmen sind in dringenden Fällen vorzunehmen.

Bei externen Projekten, die aufs Interref kommen, soll bedacht werden, ob eine finanzielle Unterstützung über den Ausschuss für Sonderprojekte (SoPro) sinnvoller erscheint. Wenn ja, soll die Entscheidung den Mitgliedern der Exekutivfraktionen im SoPro kommuniziert werden. Bei der Förderung von externen Projekten ist eine ausgiebige inhaltliche Diskussion vorzusehen und auf die budgetären Möglichkeiten zu achten. Für diese Diskussion müssen ausreichend Informationen eingeholt werden.

### **Arbeitsgruppen**

Zusätzlich zum Interref können jederzeit Arbeitsgruppen (Agrus) eingerichtet werden, um die Möglichkeit einer breiten Beteiligung und Transparenz über die Hochschulvertretung hinaus zu gewährleisten. Arbeitsgruppen sollen einen möglichst konkreten Arbeitsauftrag bekommen, sie sind dem Interref berichtspflichtig. Sie dienen der referats- und ebenenübergreifenden Zusammenarbeit, ihre konkrete Ausgestaltung obliegt den Initiierenden. Bei längeren Agrus soll eine Reflex-Konferenz im Board angelegt werden, um die Transparenz zu gewährleisten. Wenn weniger als drei Personen Interesse bekunden, an der Agru teilzunehmen, so obliegt die weitere Arbeit an dem Projekt den Einbringenden.

### **Finanzen**

Die Budgetautonomie der ÖH-Uni-Wien-Ebenen im Rahmen von Satzung und HSG wird eingehalten, gerade im wirtschaftlichen Bereich soll auf mehr gegenseitige Information und Zusammenarbeit geachtet werden. Es soll einen Termin geben, bei dem verbindliche Richtlinien insbesondere für Namensverwendung, Druckwerke und allgemeine Fragen, die Studien-, Zentrums- und Fakultätsvertretungen betreffen, besprochen werden. Eine Erhöhung der Sockelbeträge der STVn (beispielsweise auf 1500€/STV) wird evaluiert. „Kleine“ Studienvertretungen (drei Mandatar\_innen) erhalten die Kosten für die Inskriptionsberatung von der Universitätsvertretung. Eine Erhöhung des Projektbudgets orientiert sich an den tatsächlichen Ausgaben des Vorjahres und wird nach wirtschaftlicher Prüfung angestrebt.

### **Koalitionsrat**

Der Koalitionsrat (KoRa) trifft sich im Anlassfall und wenn im Interreferatstreffen kein Konsens gefunden werden konnte. Jede Koalitionsfraktion entsendet eine stimmberechtigte Person in den Koalitionsrat, zusätzlich haben alle drei Vorsitzenden Stimmrecht. Außerdem sind der\_die Wirtschaftsreferent\_in und der\_die Sachbearbeiter\_in im Wirtschaftsreferat mit beratender Stimme kooptiert. Eine Person aus den Basis- und Institutsgruppen, die auf der Universitätsvertretung tätig ist, wird für die Kommunikationsstrukturen des KoRa freigeschaltet. Der Koalitionsrat ist beschlussfähig, wenn alle stimmberechtigten Personen anwesend sind oder ihre

Stimme übertragen haben. Eine Person kann im Koalitionsrat auch zwei Stimmen führen. Der KoRa kann von allen im Koalitionsrat Vertretenen sowie von der für die Kommunikationsstrukturen freigeschalteten Person der Basis- und Institutgruppen, einberufen werden.

Die Aufgaben des Koalitionsrates sind die Kommunikation zwischen den Koalitionspartner\_innen und die interfraktionelle sowie ÖH-Uni-Wien-bezogene Konfliktlösung. Probleme und Streitpunkte, die im Interreferatstreffen keiner konsensualen Lösung zugeführt werden konnten, sind im Koalitionsrat zu diskutieren und letztendlich ist dort eine Entscheidung zu fällen.

Die Entscheidungsfindung erfolgt nach Möglichkeit im Konsens des gesamten Koalitionsrats. Ist dies nicht möglich wird nach dem Mehrheitsprinzip von allen Stimmberechtigten abgestimmt. Bei einer Mehrheitsentscheidung kann von jeder stimmberechtigten Person ein aufschiebendes Veto eingelegt werden. Jede Fraktion kann zu einem Thema allerdings nur einmal ein Veto einlegen. Ist dies der Fall, wird der Tagesordnungspunkt nach einer Woche, aber spätestens nach zwei Wochen bei einem weiteren KoRa behandelt und eine Entscheidung gefällt. Wenn aufgrund eines aufschiebenden Vetos bei rechtzeitiger Einladung ein Koalitionsrat stattfinden soll, aber eine Koalitionsfraktion nicht erscheint, so wird innerhalb einer Woche ein weiterer Koalitionsrat einberufen. Bei diesem Koalitionsrat ist die Beschlussfähigkeit auch bei zwei Fraktionen gegeben, wobei hierbei besonders darauf geachtet werden muss, dass die Einladung an alle Stimmberechtigten ergangen ist. Wenn eine Koalitionsfraktion einen Koalitionsrat einberuft, so hat dieser binnen zwei Wochen stattzufinden. Bei der Terminfindung soll insbesondere auf die Vorsitzenden Rücksicht genommen werden. Bei Bedarf können auch nicht-stimmberechtigte Personen beratend am Koalitionsrat teilnehmen. Im Koalitionsrat werden für den Vorsitz und die Koalition bindende Entscheidungen getroffen. Nachbesetzungen und Personalentscheidungen werden im Rahmen des Koalitionsvertrags am Koalitionsrat diskutiert und entschieden.

### **Ebenenübergreifende Zusammenarbeit**

Für die inhaltliche Weiterentwicklung der ÖH-Arbeit und die langfristige Strategieplanung sollen zusätzlich Seminare durchgeführt werden.

Eine intensive und gleichberechtigte Zusammenarbeit mit StVn, FVn und ZVn ist definitiv angestrebt. Bei Kooperationen mit der BV ist auf die Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Exekutive der ÖH Uni Wien zu achten. Dementsprechende Entscheidungen sind am Interref zu diskutieren und zu beschließen.

### **Ombudsstelle**

Die Ombudsstelle soll eine von den auf der UV arbeitenden Personen unabhängige Stelle sein, an die sich auf der UV arbeitende Aktivist\_innen in Fällen von Diskriminierung oder Konfliktfällen wenden können.

Die Mitglieder dieser Ombudsstelle dürfen keine Referent\_innen, oder Sachbearbeiter\_innen oder andere Personen sein, die inam Interref der ÖH Uni Wien Entscheidungen mittragen. Mitglieder des Gleichbehandlungsausschusses können Teil der Stelle sein. Jede Fraktion sowie die Basis- und Institutsgruppen, das Frauenreferat sowie das HomoBiTransReferat entsenden jeweils eine Person. Diese müssen sich am Interref vorstellen und werden dort im Konsens bestätigt. Dies passiert bis zur ersten ordentlichen UV Sitzung des Wintersemesters 2015.

Bis zu den Winterferien erarbeitet eine Arbeitsgruppe den genauen Umgang mit Beschwerden etc. Ein fertiges Konzept ist dem Interref vorzulegen.

---

## Schwerpunkte

### Budget

#### **Allgemeiner Projekttopf**

Der Allgemeine Projekttopf soll mit mindestens 100.000 Euro budgetiert werden.

#### **Antirassistischer Projekt- und Sozialtopf**

Der Antirassistische Sozialtopf wird in der Höhe von 30 000 Euro festgelegt. 20.000 Euro des Allgemeinen Projekttopfes werden für antirassistische Projekte zweckgewidmet.

Zur Vergabe der Förderungen im Rahmen des Antirassistischen Sozialtopfs soll bis Oktober eine Evaluierung stattfinden. Dazu soll eine Arbeitsgruppe eingesetzt werden, die festlegt, welche – von den Beratenden unabhängige – Stelle zur Vergabe der Förderung eingesetzt werden soll. Während dieser Evaluierungsphase (bis Oktober) wird es keine Auszahlung von Förderungen geben. Ab 1. November wird wieder ausgezahlt. Die neue Methode soll nach einem Jahr, im Sommer 2016, erneut evaluiert werden

Werden im ersten Jahr der Exekutive beide Töpfe voll ausgeschöpft, sind sie im folgenden Jahr in derselben Höhe wieder einzurichten. Sollten sie nicht ausgeschöpft werden, wird der Restbetrag für dieselben Budgetposten überschrieben und auf die oben genannten Summen aufgefüllt.

#### **Fördertopf für queer-feministische Arbeiten**

Der Topf wird in beiden Jahren mit 50.000 Euro dotiert.

### Außenwirkung

#### **Öffentlichkeitsarbeit**

Die Kommunikationsstrategie, welche die Außenwirkung und externe Kommunikation der ÖH Uni Wien sicherstellen soll, soll in den kommenden zwei Jahren vor allem selbstsicher sein. Das bedeutet, bewusst eine Öffentlichkeit zu suchen und zu erreichen und sich nicht von Medienvertreter\_innen Themen und Positionen aufdrängen zu lassen. Die Öffentlichkeitsarbeit der ÖH Uni Wien ist eine offensive, keine defensive.

Das beinhaltet, dass für Projekte und Gremienarbeit eine entsprechende Kommunikationslinie ausgearbeitet wird. Diese kann in den jeweils passenden

Arbeitsgruppen oder Jour-Fixes der Referate entwickelt werden, soll aber vor allem noch einmal zwischen Vorsitz und ÖffRef abgeklärt werden. Bei Bedarf ist professionelle Medienberatung hinzuzuziehen.

Es soll stets Klarheit darüber herrschen warum, wann, wie und für wen eine politische Entscheidung getroffen, eine Veranstaltung umgesetzt oder ein Gremiumsbeschluss gefällt wurde und was die ÖH Uni Wien für sich als politische Aufgabe definiert.

Mit diesem Wissen wird es der ÖH Uni Wien auch ermöglicht, sich dezidiert Öffentlichkeiten zu suchen und kompetent in ihnen zu agieren.

In Bezug auf Medienarbeit im Bereich Web 2.0 werden klare Richtlinien ausgearbeitet. Insgesamt ist das Referat für Öffentlichkeitsarbeit dafür zuständig, regelmäßig die Kanäle zu bespielen, um eine Kontinuität im Informationsfluss zu gewährleisten.

### **Wiedererkennungswert**

Um den Wiedererkennungswert der Designs (Publikationen, Studienleitfäden, Homepage usw.) der ÖH Uni Wien zu gewährleisten, werden klare Layoutvorschläge erarbeitet.

Bei öffentlichen Auftritten des Vorsitzteams muss es im Vorfeld eine Absprache mit dem Referat für Öffentlichkeitsarbeit geben. Hierbei ist darauf zu achten, dass alle Fraktionen gleichermaßen repräsentiert werden.

### **Unique**

Allen ist bewusst, dass die Unique eine radikale Veränderung erfahren muss. Die Zahl der Ausgaben wird auf sechs im ersten Jahr festgelegt, nach einer Evaluierung besteht im zweiten Jahr die Möglichkeit, auf acht Ausgaben aufzustocken. Die Unique soll nicht mehr an alle Studierenden ausgeschickt werden, vor jeder Ausgabe sollen spezielle Zielgruppen festgelegt werden, an die die Unique ausgeschickt wird. In jedem Fall soll es Erstsemestrigenausgaben geben. Die Möglichkeit, ein Abo zu bestellen, besteht für alle. Darüber hinaus wird der Webauftritt verbessert. Hier soll es auch die Möglichkeit geben, ausführlichere Debatten zu führen, die in der Printausgabe nur „angeteasert“ werden.

Das Ziel ist, dass möglichst viele Student\_innen die Möglichkeit haben, sich in der Redaktion einzubringen. Hierzu sollen Workshops/Schreibwerkstätten/etc. angeboten werden und die ausreichende öffentliche Bewerbung der offenen Redaktionssitzungen sichergestellt werden. Postdocs sollen nur auf Anfrage des Öffrefs Artikel schreiben bzw. Interviews geben.

Der Schwerpunkt der Unique wird zwei Wochen vor der offenen Redaktionssitzung am Interref fixiert. Der Aufbau sieht zwei Bücher vor: einen ÖH-Teil, in dem Referate, Stellungnahmen u.a. Informationen der täglichen ÖH-Arbeit präsentiert werden, und einen Schwerpunkt-Teil, für den die Redaktionssitzung inhaltlich zuständig ist.

Das Vorsitzteam und das WiRef müssen Layout, Inserate und weitere formelle Angelegenheiten überprüfen, bevor die jeweilige Ausgabe in Druck gehen kann.

## **Bildungspolitische Projekte**

### **Kampagne mit Schwerpunkt Zugangsbeschränkungen, STEOP und Gebühren**

Die ÖH Uni Wien soll, um auf die stetigen Verschlechterung der Studienbedingungen, die Verschulung der einzelnen Studiengänge und den in Salami-Taktik unterwanderten freien Hochschulzugang aufmerksam zu machen, in dieser Exekutive eine Kampagne durchführen, welche sich inhaltlich im Bipol angesiedelt ist. Die Kampagne soll sich in erster Linie mit den Entwicklungen der letzten Jahre auseinandersetzen - speziell mit dem seit 2008 ins Rollen geratenen Prozess der Verschulung und Einschränkung innerhalb der Studiengänge. Studierenden, welche die Universität nur noch mit Zugangsbeschränkungen, Knock-out-Prüfungen und Voraussetzungsketten kennen, soll so die Idee des freien Hochschulzugangs näher gebracht werden. Gleichzeitig sollen auch Alternativen zu den genannten Einschränkungen aufgezeigt werden.

### **Studieren mit Kind: 50 Betreuungsplätze für Studentinnen\* mit Kind**

Die bereits in den letzten Jahren aufgenommenen Bemühungen, Betreuungsplätze für Studierende zur Verfügung stellen zu können (entweder über die Förderung anderer Institutionen oder über das Schaffen eines eigenen Projekts), sollen weiterlaufen und forciert werden.

### **Drittstaatsstudierende: Welcome-Package**

Drittstaatenstudierende sind an der Universität häufig mit Schwierigkeiten konfrontiert, die andere Studierende nicht wahrnehmen. Doppelte Studiengebühren, bürokratische Hürden und nicht zuletzt die unmenschliche Migrationspolitik der EU und Österreichs belasten sie zusätzlich zu eventuellen Sprachbarrieren und subtilen Diskriminierungsmechanismen. Um sie als Universitätsvertretung zu unterstützen, soll ihnen schon bei der Inskription ein Welcome-Package mitgegeben werden: Darin befinden sich in erster Linie übersetzte Broschüren und Info-Materialien in englischer Sprache, welche sich einerseits mit dem Studium und Studienrecht befassen, andererseits aber auch in puncto Aufenthaltsgenehmigung weiterhelfen.

### **Green Campus**

Green Campus ist ein Konzept, das eine nachhaltige Universität fördern will. Nachhaltigkeitsinitiativen gibt es bereits an der Universität Salzburg, wohingegen die

Boku sogar bereits EMAS-zertifiziert ist (Eco Management and Audit Scheme). Die ÖH Uni Wien sollte in diesem Bereich einerseits im Rahmen sensibilisieren, sich andererseits aber auch gegenüber der Universität positionieren und ein entsprechendes Engagement einfordern: Nachhaltigkeit wird derzeit vom Raum- und Ressourcenmanagement behandelt, das sich beispielsweise mit LED-Lampen im Audimax brüstet. Die ÖH Uni Wien soll hier mitgestalten. Es geht einerseits darum, den Alltag an der Universität nachhaltiger abzuwickeln - durch kleinere Maßnahmen wie doppelseitiger Druck, Mülltrennung und Ähnliches, andererseits aber auch darum, als Universität die eigenen Gebäude nachhaltig in Stand zu halten und zu setzen, um Energie zu sparen.

Ziel ist es, eine gemeinsame Arbeitsgruppe mit der Universität zusammen einzurichten, die sich mit dem Thema auseinandersetzt und entsprechende Maßnahmen umsetzt, und auf der anderen Seite auch die eigene Arbeitsweise der Exekutive möglichst nachhaltig zu gestalten.

### **Frauen\* in der Wissenschaft: Gläserne Decke**

Frauen\* sind an der Universität nach wie vor kaum sichtbar: Je höher die Ebene, desto weniger Frauen\* erreichen sie überhaupt, die gläserne Decke ist allgegenwärtig. Die ÖH Uni Wien soll als feministische Studierendenvertretung auf diese Missstände aufmerksam machen und im Rahmen einer Kampagne deren Ursachen, Symptome und Folgen genauer beleuchten. Gleichzeitig soll aber auch eine Veränderung an der Universität angestrebt werden: In einem offenen Arbeitskreis unter Einbeziehung von externer und gegebenenfalls internationaler Expertise sollen Strategien und Lösungsansätze erarbeitet werden. In einem weiteren Schritt sollen diese Ansätze in einem Strategiepapier veröffentlicht und den Verantwortlichen der Universität Wien überreicht werden.

### **Nachbereitung 650 Jahre Uni Wien**

2015 feierte die Uni Wien ihr 650 Jahr Jubiläum. Als ÖH Uni Wien haben wir verschiedene Projekte und Veranstaltungen organisiert. Die Aktivitäten im Rahmen des Jubiläums sollen nachbearbeitet werden und eine weitere Verwendung soll geprüft und umgesetzt werden.

### **Intensivierung der Beratung in den Referaten für Anti-Rassismus und Bildungspolitik**

Für eine professionellere, regelmäßige Beratung in oben genannten Referaten soll eine zusätzliche Person im Umfang von 20 Wochenstunden angestellt werden die für die beiden Referate Beratung anbietet.

### **Gesellschaftspolitische Projekte**



### **Studienfahrt Gusen**

Es soll eine Studienreise nach Gusen organisiert werden. Die Gedenkstätte wurde kürzlich neu aufgearbeitet. Ermöglicht wurde dies in erster Linie durch die Angehörigen der Opfer, welche die finanziellen Mittel für die Gedenkstätte zur Verfügung stellten. In Zusammenhang damit kann auch ein Besuch der Gedenkstätte von Mauthausen in Betracht gezogen werden.

### **Rechtsextremismus-Kongress**

Die ÖH Uni Wien soll einen groß angelegter Kongress organisieren, der nach Möglichkeit in Kooperation mit mehreren Hochschulvertretungen veranstaltet wird. Thematisch soll sich dieser Kongress mit Rechtsextremismusforschung und Antifaschismus beschäftigen. Ein Themenbereich soll auch die antifaschistische Geschichte der ÖH sein. Der Kongress soll unter anderem eine Antwort geben auf die Frage, wie rechtsextremen und faschistischen Tendenzen an den Hochschulen entgegengetreten werden kann.

### **Antifa und Gender (Vortragsreihe, Workshop)**

Fragen der Genderforschung, der Frauen- und Geschlechtergeschichte oder Sexismus werden innerhalb des antifaschistischen Mainstreams selten bis gar nicht behandelt. Das Ziel dieses Projekts ist es, diese blinden Flecken sichtbar und der breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Da auch die antifaschistische Szene nicht vor Sexismus gefeit ist, sollen auch Ansätze zur Selbstreflexion aufgezeigt werden.

Themenfelder: Frauen im Widerstand, Geschlechterkonstrukte der „alten“ und „Neuen Rechten“, Männlichkeits- und Weiblichkeitskonstrukte, Sexismus und Antifa, FANTIFA uvm.

### **Antirepression/Staatsschutzgesetz**

Die ÖH Uni Wien bekennt sich dazu, fortschrittliche und linke Initiativen und Aktivist\_innen vor staatlicher Repression zu schützen, bzw. dieser entgegenzuwirken. In diesem Sinne wird die Exekutive der ÖH Uni Wien weiterhin bestehende Rechtshilfe-Gruppen logistisch und finanziell unterstützen und sich auch im Falle von Polizeigewalt gegen unterstützenswerte Proteste per Presseaussendung kritisch zu Wort melden. Eine besondere Gefahr erkennen wir in dem geplanten Staatsschutzgesetz, das die ÖH Uni Wien aufgrund präventiver Überwachungsmaßnahmen als verfassungswidrig ansieht. Daher soll die ÖH Uni Wien nach Beschlussfassung des Gesetzes die Möglichkeit prüfen, eine Verfassungsklage einzubringen, bzw. eine solche finanzieren.

### **Stadtplanung und -entwicklung, Gentrifizierung und öffentlicher Raum**

Stadtplanung und -entwicklung organisieren das soziale Leben und die Möglichkeiten der Aktion und Interaktion innerhalb der städtischen Gesellschaft. Sozioökonomische wie geographische Bedingungen sowie politische Interessen schlagen sich im physischen Stadtaufbau sowie in der konkreten räumlichen Struktur der urbanen Gesellschaft wider. Fehlerhafte Stadtplanung ist für eine Vielzahl von Ausschlussmechanismen und soziale Ungleichheiten verantwortlich. Die Forderung eines „Rechts auf Stadt“ beinhaltet immer auch ein Recht auf Nichtausschluss (Lefebvre).

Aspekte und Themenfelder: Öffentlicher Raum und Ausschlüsse, Barrierefreiheit (BaRef), „Urbane Kompetenz“, theoretische Raumkonzepte, Universität als öffentlicher Raum, Sicherheit und Überwachung, Wohnungspolitik, Mobilität, Kulturpolitik und weitere. Mögliche Veranstaltungen: Podiumsdiskussion, Ausstellungen, Vorträge, Screenings mit Material aus dem Filmarchiv, Stadtrundgänge uvm.

---

Anhang: Statement der ÖH Uni Wien zu aktuellem Antisemitismus

Überall in Europa ist aktuell ein Anstieg antisemitischer Übergriffe zu verzeichnen: antisemitische Ausschreitungen gegen den Fußballverein Maccabi Haifa in Salzburg, Angriffe auf jüdische Geschäfte in Paris, antisemitische Parolen vor Synagogen in Deutschland oder ein verhindertes Attentat in Hessen sind nur wenige Beispiele dafür. Im Zuge einer Pro-Gaza-Demonstration in Essen kam es auch zu nationalsozialistischer Wiederbetätigung in Form von Parolen und eindeutigen Gesten. Damit wird ersichtlich, dass antisemitische Hetze wieder deutlicher in ganz Europa an der Tagesordnung steht und dass diese Demonstrationen in Österreich, Deutschland und Frankreich Handlungsspielräume für solche Übergriffe bieten. In Wien organisierte die UETD, die im Juni bereits Erdoğan nach Wien geholt hatte und als Ablegerin der AKP in Österreich gilt, ebenfalls eine Demonstration in Zuge derer es zu antisemitischen Parolen und antisemitischer Bildsprache kam.

Bekundungen des „Bedauerns“ antisemitischer Vorkommnisse verbleiben allzu oft phrasenhaft und verlaufen im Sand, was Reaktionen auf den Übergriff in Bischofshofen zeigen.

Dass sich gerade die FPÖ als große Kritikerin des Antisemitismus in Österreich entdeckt, erscheint zunächst mehr als seltsam. Während in Graz auf Weisung des FPÖ-Stadtrates Mario Eustacchio ein Abrissbescheid für Gedenktafeln für Opfer des Nationalsozialismus mit Billigung des ÖVP-Bürgermeisters Nagl durchgesetzt wird, echauffiert man sich über den Antisemitismus von Muslim\_innen. Im staatstragenden Aufarbeitungsmantra österreichischer Politiker\_innen und vieler Journalist\_innen distanziert man sich pflichtbewusst von Antisemitismus, um gleichzeitig aufzuzeigen, dass dies eigentlich kein „eigenes“, sondern ein vermeintlich „zugewandertes“ Problem sei. Die Rede von Antisemitismus als „Import-Produkt“ dient dazu, über seine gesellschaftliche Grundlage nicht mehr sprechen zu müssen.

Die Österreichische Hochschüler\_innenschaft an der Uni Wien verurteilt Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus. Die Debatte zeigt deutlich, dass einer Kritik an diesen Tendenzen eine grundlegende Analyse gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse vorangehen muss.